

Eigentümer: Sozialistische Partei Österreichs, Wien I, Löwengasse 18, Verleger und Herausgeber: Sozialistischer Verlag G. m. b. H., Chefredakteur: Dr. Oscar Pollak, Verantwortlicher Redakteur: Josef Sterk, Alle Wien 5, Rechte Wienzeile 97, Telefon B 22-510, Druck: „Vorwärts“, Wien 5, Rechte Wienzeile 97

Arbeiter-Zeitung

Zentralorgan der Sozialistischen Partei Österreichs

Einzelpreis 150 Schilling
Im Wochenabonnement 650
Im Monatsabonnement 27— auch per Post
Redaktion u. Verwaltung: Wien 5, Rechte Wienzeile Nr. 97, Tel. B 22-510 (neu 43-06-21)
Anzeigenannahme Wien 5, Rechte Wienzeile Nr. 93

Nummer 128

Wien, Sonntag, 2. Juni 1957

Gegründet 1889

Eine Stadt begann zu klingen:

Ganz Wien erstrahlte im Festwochenglanz

Vom Rathaus bis zur Spinnerin am Kreuz leuchtete Festesfreude

Eigentlich begannen die Wiener Festwochen ja schon vorher; nicht erst in dem Augenblick, da Bundespräsident Dr. Schürf von Bürgermeister Jonas und Stadtrat Mandl Samstagabend feierlich eingeholt wurde und die Wiener Symphoniker vor dem Rathaus die Bundeshymne intonierten. Der Beginn des Beginnes war eigentlich am Vormittag, als tausende kleine Euben und Mädel im hellen Junisonnenschein in Parkanlagen und auf Plätzen zu musizieren begannen. In diesem Augenblick begann Wien zu klingen, und das Singen und Klingen soll nun drei Wochen hindurch nicht mehr verstummen.



Das strahlende Wahrzeichen des festlichen Wien

Jeder Bezirk hat seine Festwochen, jeder Park sein Konzert, jedes Bezirksmuseum seine Ausstellung, und das kleine Mädel, das Samstag früh im Steinbäuerpark in Meidling andachtsvoll die Blockflöte blies, war nicht weniger besorgt um das Gelingen seines Auftritts wie eine hochbezahlte Sängerin um den Erfolg ihrer großen Arie. Das kleine Mädel gehört ebenso zu den Wiener Festwochen wie die große Sängerin.

Das bist du, Wien ...

Lange, ehe die offiziellen Gäste beim Wiener Rathaus eintrafen, hatten sich Samstagabend die nicht offiziellen, aber deshalb nicht weniger willkommenen Festgäste eingefunden: die Wiener. Die gedrängt standen sie bis zum Burgtheater unter den flatternden Fahnen auf dem Rathausplatz, und manch einer sagte: Die letzten Festwochen hat noch der Körner eröffnet.

Solidarität mit dem Dorf

Von Staatssekretär Dr. Bruno Kreisky

Aus einer Rede bei der Landeskongress des Arbeitsbauernbundes Niederösterreichs.

Dem Bauern geht es gut! Diese Meinung ist besonders unter der städtischen Bevölkerung weit verbreitet. Und seit Jahren wird die angebliche Wohlhabenheit des Bauern mit dem gleichen Witz glossiert: Also, jetzt ist das Dorf Y auch zum Notstandsgebiet erklärt worden. Warum? Na, weil es dort noch einen Bauern gibt, der kein Luxusauto hat. ... Die Legende, die ohne einen Unterschied zu machen, einfach verallgemeinert feststellt, daß es dem Bauern noch nie so gut gegangen sei wie jetzt, hat ihren Ursprung sicher in den ersten Nachkriegsjahren, damals, als in der Hamsterzeit die Bauernhöfe zum Mekka für die hungrig hinausplündernde Stadtbevölkerung wurden. Damals diktierte der Hunger den Maßstab für Reichtum und Wohlhabenheit. Damals würde auch der kleinste und ärmste Bauer zum Inbegriff für das gute und schöne Leben, nur weil er vielleicht mit dem bißchen Milch, Fleisch, Brot und Schmalz doch nicht so knausern mußte wie der Arbeiter in der Stadt.

Aber seither hat sich vieles geändert. Wir sehen die Welt wieder mit anderen Augen. Wir messen den Wohlstand nicht mehr nach vollen und leeren Mägen. Die Meinung jedoch, daß es jedem Bauern gut geht, ist geblieben. Geht es wirklich jedem so gut? Liegt es nicht auf der Hand, zu glauben, wenn wir die Traktoren auf den Feldern sehen, renovierte und aufgestockte Bauernhöfe, in denen es vollelektrische Küchen und moderne Bäder gibt, wenn wir sehen, wie da und dort selbst in kleinen Dörfern an Sonntagvormittagen der Platz vor der Kirche die parkenden Autos nicht mehr zu fassen vermag, daß der Bauer keinen Grund zur Klage habe?

Dennoch ist es ein Trugbild. Unter den rund 438.000 bäuerlichen Wirtschaften in Österreich sind 80 Prozent, fast 400.000 Klein- und Mittelbetriebe. Bei vielen Tausenden solcher österreichischer Kleinbauern sind Not und Sorge tägliche Gäste. Eine Krankheit, ein Unfall, eine Naturkatastrophe können dem Bauern über Nacht die Existenz zerstören. Die Sorge, im Alter vor dem Nichts zu stehen, auf ein bitteres Gnadenbrot angewiesen zu sein, lastet ein ganzes, arbeitsreiches Leben lang auf dem Kleinbauern. Er oder seine Familienangehörigen können nicht mit einem Krankenschein zum Arzt gehen; und im Lebensabend ist noch durch keine Rente gesichert. Es ist deshalb kein Zufall, wenn unter den vielen, die vom Land in die Stadt flüchten, sich neben Landarbeitern auch Bauernsöhne und Bauerntöchter befinden. Die Stadt, die Fabrik, das Büro — das bedeutet für sie eine gesicherte Existenz, den Achtstundentag, bezahlten Urlaub, Schutz bei Erkrankung und eine starke Sozialistische Partei dafür sorgen, daß diese Erwerbungschaften nicht geschmälert, sondern immer mehr ausgebaut werden.

Diese soziale Sicherheit für die in der Industriegesellschaft arbeitende Bevölkerung ist es, die heute tausende Kleinbauern, auch kleine Weinbauern und Bergbauern, veranlaßt, den Arbeitnehmer in der Stadt um sein Los zu beneiden. Den Arbeitern und Angestellten sind diese Erwerbungschaften jedoch nicht als Geschenk in den Schoß gefallen, sie haben sie erkämpfen müssen. Nicht jeder für sich, sondern gemeinsam, einzig, zusammengeschlossen, in einer organisierten solidarischen Bewegung, in der Sozialistischen Partei. Diese Solidarität, diese geeinte Kraft arbeitender Menschen hat sich in jahrzehntelangen Kämpfen bewährt und den Erfolg gebracht. Die Solidarität zwischen Stadt und Land wird den Erfolg erst weiter ausbauen; so daß der Bau des sozialen Wohlfahrtsstaates vollendet werden kann und in Österreich keine Berufsgruppe einer anderen um Rechte neidig sein muß.

Österreich erlebt gegenwärtig eine wirt-

Der Minengürtel an der grausamen Grenze muß zurückverlegt werden!

Österreichs Protest gegen Grenzverletzung und Minen

Bessere Beziehungen zu Ungarn erst, wenn die Übergriffe aufhören

Amlich wird mitgeteilt: Außenminister Ingenieur Figl hat Samstag den ungarischen Gesandten Pujas zu sich gebeten und schärfsten Protest gegen einen Grenzverletzungsfall erhoben, der sich am 24. Mai ereignet hat.

An diesem Tag haben zwei bewaffnete ungarische Soldaten die österreichisch-ungarische Grenze im Gemeindegebiet von Hammarteich, Bezirk Oberpullendorf, überschritten, auf einen geflüchteten ungarischen Soldaten mehrere Schüsse abgegeben und den verwundeten oder bereits toten Flüchtling wieder auf ungarisches Gebiet zurückgeschleppt. (Die Arbeiter-Zeitung hat vergangenen Sonntag über diesen Zwischenfall berichtet).

Dieser Zwischenfall, so heißt es in dem Protest, stellt

eine flagrante Verletzung der österreichischen Gebietshoheit dar, die um so schwerer wiegt, als sie ganz eindeutig bewußt durch Hoheitsorgane des ungarischen Staates begangen wurde.

Die österreichische Regierung sieht sich veranlaßt, gegen die provokatorische Mißachtung der österreichischen Souveränität bei der ungarischen Regierung schärfsten zu protestieren.

Sie wünscht eindeutig festzustellen, daß sie jede Verantwortung für weitere Folgen, die sich aus solchen Zwischenfällen ergeben, ablehnt und die ungarische Regierung hierfür haftbar machen muß.

Die österreichische Regierung weist darauf hin, daß die ungarische Regierung in letzter Zeit wiederholt den Wunsch nach einer

Verbesserung der Beziehungen zu Österreich

ausgedrückt hat, wobei sie jedoch stets unbegründete Anschuldigungen gegen Österreich erhob. Der vorliegende tragische Zwischenfall gibt der österreichischen Regierung Veranlassung, die gegen sie erhobenen Beschuldigungen neuerlich mit Entschiedenheit zurückzuweisen.

Die österreichische Regierung ist bestrebt, das Verhältnis zu Ungarn möglichst korrekt und gutnachbarlich zu gestalten. Sie wird sich auch weiterhin von diesem Bestreben leiten lassen, doch wird

eine wirkliche Verbesserung des nachbarlichen Verhältnisses erst dann möglich sein, wenn durch Organe des ungarischen Staates verursachte Zwischenfälle wie der vorliegende, die alten Grundsätze der Menschlichkeit und der Achtung der Souveränität eines Nachbarstaates Hohn sprechen und die auch geeignet sind, das Leben und die Sicherheit von österreichischen Staatsbürgern zu gefährden, ein für allemal abgelehnt werden.

Der Mordverhau bedroht österreichische Staatsbürger

Gleichzeitig protestierte Außenminister Ingenieur Figl gegen die Wiedererrichtung einer künstlichen Trennungslinie zwischen den beiden Staaten, die von der österreichischen Regierung und vom österreichischen Volk als innere ungarische Angelegenheit betrachtet werden könnte, wenn sie nicht

gleichzeitig mit der Anlegung eines breiten Minengürtels in dem unmittelbaren Grenzgebiet befindlichen Stacheldrahtverhau erfolgt wäre.

Es ist nach den allgemeinen anerkannten Grundsätzen des Völkerrechtes einem Staat nicht erlaubt und geht über die ihm zu

stehenden Souveränitätsrechte hinaus, an seinen Grenzen Maßnahmen zu treffen, die auch Auswirkungen auf das Gebiet eines Nachbarstaates haben können. Solche Auswirkungen sind aber mit der Anlegung des Minengürtels unter Verwendung hochexplosiver Stoffe in unmittelbarer Grenznähe verbunden. Österreichische Staatsbürger, die sich in Grenznähe befinden und dort vor allem ihrer täglichen Arbeit auf den Feldern nachgehen müssen sowie das im Grenzgebiet befindliche Vieh sind dadurch einer ständigen Besetzung ihres Lebens und ihrer Sicherheit ausgesetzt.

Zurückverlegung der Minensperre

Die österreichische Regierung kann der Errichtung der Minensperre in unmittelbarer Grenznähe nicht gleichgültig gegenüberstehen, da für sie der Schutz des Lebens und der Sicherheit österreichischer Staatsbürger sowie der ihnen gehörigen Güter oberstes Gebot ist.

Die österreichische Regierung muß daher verlangen, daß die ungarische Regierung die Minensperre in einem solchen Abstand von der Grenze anlegen oder, soweit sie schon errichtet ist, dorthin zurückverlegen läßt, daß eine Einwirkung durch explodierende Minen auf österreichisches Gebiet ausgeschlossen ist.

Die ungarische Regierung würde durch eine solche Maßnahme ihre wiederholt erklärte Bereitschaft, die Beziehungen zu Österreich korrekt zu gestalten, unter Beweis stellen.

Die österreichische Regierung behält sich jedenfalls das Recht vor, von der ungarischen Regierung für alle Schäden, die österreichischen Staatsbürgern an ihrem Leben und ihrem Gut durch die Einwirkungen von Minenexplosionen zugefügt werden, Schadenersatz zu verlangen.